

## **Antrag**

**der Abgeordneten Deniz Çelik, Heike Sudmann, David Stoop,  
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Marco Hosemann, Kay Jäger,  
Stephan Jersch, Marie Kleinert, Hila Latifi, Jan Libbertz, Xenija Melnik,  
Thomas Meyer, Dr. Sabine Ritter und Martin Wolter (Die Linke)**

**Zu Drs. 23/495**

**Betr.: „Zukunft von Groß-Sand sichern: Notfallversorgung erhalten, Beschäftigte schützen, Stadtteil einbinden – gemeinnützig und öffentlich!“**

Das Krankenhaus Groß-Sand ist seit 2019 akut in der Krise. Seit dieser Zeit versucht das Erzbistum Hamburg erfolglos das Krankenhaus zu verkaufen. In dieser Zeit hat die Linke die Stadt mehrfach aufgefordert, aktiv zu werden und das Krankenhaus selbst zu übernehmen beziehungsweise durch das UKE zur übernehmen. Beide Anträge wurden leider abgelehnt. Ziel der Anträge der Linksfraktion war Versorgungssicherheit für die wachsende Bevölkerung auf der Elbinsel in Wilhelmsburg und auf der Veddel, insbesondere bei der Grund- und Notfallversorgung zu gewährleisten. Die Beschäftigten sollten eine verlässliche berufliche Perspektive bekommen, denn die Krankenhausbeschäftigten sind die eigentliche Grundlage einer Versorgungssicherheit.

Bisher hat die Stadt sich geweigert, verbindlich Verantwortung für Groß-Sand und damit auch die Anwohner\*innen und Beschäftigten zu übernehmen und die Verantwortung für die Zukunft des Krankenhauses ausschließlich beim Erzbistum verortet. Kurzfristig hat das Erzbistum nun entschieden, die Notaufnahme und chirurgische Abteilung zum 15.7.2025 zu schließen und die übrigen Versorgungsangebote zu reduzieren beziehungsweise zu verlagern.

Damit ergibt sich eine prekäre Situation: Ob der Standort wirklich erhalten bleibt, wer den Standort übernehmen wird, wer dann dort arbeiten wird, wie die Notfallversorgung nach dem 15.7.2025 funktionieren wird und wie die Versorgung konkret aussehen wird, das alles lässt der Antrag von SPD und GRÜNEN offen und formuliert eher Wünsche als Beschlüsse. Die Einwohner\*innen von Wilhelmsburg und Veddel und die Beschäftigten sind zu Recht besorgt und frustriert.

Wichtig ist nun, bestimmte Rahmenbedingungen festzulegen, damit sich die Einwohner\*innen von Wilhelmsburg und Veddel auch in Zukunft auf eine Gesundheitsversorgung verlassen können, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert und auch im Notfall für sie da ist. Bestimmte Rahmenbedingungen braucht es auch, damit die Beschäftigten, die Groß-Sand nicht den Rücken gekehrt haben, sondern trotz widriger Bedingungen die Patient\*innen weiter versorgt haben, sich auch weiterhin auf einen sicheren Arbeitsplatz verlassen können.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. am Standort Groß-Sand nach dem 15.7.2025 nahtlos eine Rund-um-die-Uhr Notfallversorgung (24/7) sicherzustellen,

2. die Beschäftigten, die Mitarbeitendenvertretung, die Einwohner\*innen von Wilhelmsburg und Veddel und ihre Selbst-Organisationen, sowie die Gesundheitsversorger in diesen Stadtteilen in einen verbindlichen Partizipationsprozess zur Zukunft von Groß-Sand einzubinden,
3. sicherzustellen, dass alle Beschäftigten von Groß-Sand ein gleichwertiges Beschäftigungsangebot ohne erneute Probezeit unterbreitet bekommen, zum Beispiel durch den neuen Betreiber (zum Beispiel als Anforderung in der Ausschreibung) oder durch ein Beschäftigungsangebot im UKE oder im Öffentlichen Gesundheitsdienst,
4. das zukünftige Versorgungsangebot in Groß-Sand nur an gemeinwohlorientierte, vorzugsweise öffentliche, Träger zu vergeben.